

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für den Salzlandkreis

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für einen starken Salzlandkreis!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohlandes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«

Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«

Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«

Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jersiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen.

Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen.

DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Integration als Selbstverständnis



Neugier auf das Fremde und auf die Fremden war auf beiden Seiten der Beginn eines selbstverständlichen Miteinanders. Bereits kurz nach der Eröffnung meines Wahlkreisbüros im September 2014 besuchte ich Initiativen und Gruppen des Salzlandkreises, die sich um die Integration ausländischer Mit-

bürgerinnen und Mitbürger kümmern. Schnell kamen wir ins Gespräch und entwickelten Ideen, was wir gemeinsam unternehmen könnten. Die Vorschläge waren vielfältig: von einer Möbelbörse bis hin zu Kulturfesten. Ganz besonders lagen uns die Kinder am Herzen. Sie sehen nicht das Trennende, sondern haben ein tolles Gespür für das Verbindende. Gemeinsam mit ihren Eltern kommen sie zu unseren Bastelnachmittagen oder Liederfesten, erkunden die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Alle Veranstaltungen und Aktivitäten sind öffentlich und wurden auch so angekündigt. Der Rest lief dann fast von selbst. Lieder, Backrezepte, kleine Spiele, Sitten und Bräuche aus anderen Kulturkreisen bereichern unsere Feste. Hilfreich ist, dass wir von Beginn an regen Kontakt zu Soziallotsen und Dolmetschern haben.

So können wir auch mal bei Behörden schreiben helfen, ver-

mitteln Kontakte zu regionalen Vereinen und potenziellen Arbeitgebern. Selten dreht es sich um große Weltpolitik. Hier geht es um ein zwangloses Miteinander, den Dialog als Angebot und Handreichung, das Kennenlernen von Neuem und die Bereicherung, die daraus entsteht.

Das ist unser Beitrag zum Gelingen von Integration. Aufeinander zugehen, voneinander lernen, sich mit Respekt und Toleranz auf Augenhöhe begegnen – das ist unser einfaches Rezept hierzu.

Bianca Görke



Juristin mit kommunalpolitischer Erfahrung

»Ich möchte für die Bürgerinnen und Bürger eine Ansprechpartnerin auf Augenhöhe sein«

Mein Name ist Christina Buchheim. Ich wurde 1970 in Köthen geboren, besuchte dort die erweiterte Oberschule und nahm 1990 an der Martin-Luther-Universität Halle das Studium der Rechtswissenschaften auf, das ich 1997 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen abschloss. Seit 1998 bin ich als angestellte Rechtsanwältin in einer Rechtsanwaltskanzlei in Halle tätig. Nach der Geburt meiner Zwillinge im Jahr 2002 bin ich in meine Heimatstadt Köthen zurückgekehrt, wo ich derzeit eine Zweigstelle als angestellte Rechtsanwältin betreibe. Seit 1992 engagiere ich mich mit viel Leidenschaft in der Kommunalpolitik – den Rest meiner Freizeit verbringe ich gern mit meiner Familie, mit Freunden, am liebsten in der Natur und in unserem Garten.

Meine Kinder sind in ihrer Freizeit in Vereinen aktiv. Da meine Zeit an den Wochentagen sehr begrenzt ist, versuche ich möglichst viel Zeit an den Wochenenden mit ihnen zu verbringen. So begleite ich sie zu Wettkämpfen und unterstütze die Vereinsarbeit. Durch meine kommunalpolitischen Erfahrungen gestärkt, habe ich mich entschlossen, für den Landtag zu kandidieren.

»Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.« Das soll Sachsen-Anhalt sein und werden. Mit diesem Leitspruch tritt meine Partei, DIE LINKE. Sachsen-Anhalt, der ich seit 2008 als Mitglied angehöre, zur Landtagswahl an. Die CDU-geführte Landesregierung hat eine Kahlschlagpolitik in den Bereichen Bildung, Kultur und Soziales betrieben. Damit muss Schluss sein. Die



Absicherung der Daseinsvorsorge, gleichwertige Lebensverhältnisse, leistungsfähige Kommunen und soziale Gerechtigkeit sind Grundanliegen von mir und meiner Partei. Gerade in der heutigen Zeit bin ich froh, in einer Partei zu Hause zu sein, die sich konsequent für Frieden und Abrüstung einsetzt. Angesichts der derzeitigen Flüchtlingsdebatte ist es umso wichtiger, Rassismus und Neonazismus entgegenzutreten. Vieles kann und muss getan werden, um die Situation der Flüchtlinge menschenwürdig zu gestalten.

Köthen ist meine Heimatstadt. Hier fühle ich mich den Menschen und der Umgebung verbunden und verpflichtet. Zu meinem Wahlkreis gehören neben meiner Heimatstadt die Ge-

meinde Stadt Südliches Anhalt vom Landkreis Anhalt-Bitterfeld und die Stadt Könnern vom Salzlandkreis. Hier will ich mich für die Sicherung der Daseinsvorsorge und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen der Einwohnerinnen und Einwohner stark machen. Ich möchte Anlaufstelle für deren Belange und eine Ansprechpartnerin auf Augenhöhe sein.

DIE LINKE hat mit ihrem Wahlprogramm ein Konzept vorgelegt, wie man das Land sozialer und gerechter regieren kann. Dafür trete ich bei der Landtagswahl am 13. März 2016 an. Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben. Dafür stehe ich und werbe um Ihre Stimmen!

Ihre Christina Buchheim



Bianca Görke

Wahlkreis 17
Staßfurt

Ich wurde vor 48 Jahren in Brandenburg geboren und wuchs in Borne auf. Meine Kindheit war geprägt vom dörflichen Leben und vom Zusammenhalt in der Gemeinschaft. Schnell wurde mein sportliches Talent entdeckt und gefördert. Diese Liebe zu sportlicher Betätigung hat bis heute Bestand und war auch ausschlaggebend für meine Entscheidung, Sportwissenschaft zu studieren.

Berufliche Stationen waren nach Auflösung des Deutschen Turn- und Sportbundes der DDR Stadtjugendpflegerin, Managerin, Dozentin und Reiseleiterin. Flexibilität war also auch in meiner Erwerbsbiographie gefragt, denn zu Hause zu sitzen ist für mich unvorstellbar.

Kommunalpolitisch aktiv war und bin ich im Stadtrat der Stadt Staßfurt, zurzeit als stellvertretende Stadtratsvorsitzende. In den Landtag zog ich im Juli 2014 als Nachrückerin über die Landesliste ein.

Politik heißt Bewegung, im besten Fall, dass man selbst etwas bewegt. Das macht für mich die Faszination aus. Direkt an den Prozessen teilhaben, und wenn man schon nicht die Welt aus den Angeln heben kann, ist man doch in der Lage, an wichtigen Stellen nachzujustieren. Dabei ist mir soziale Ausgewogenheit und die Mitnahme aller besonders wichtig. Abgehängt zu werden, sich ausgeschlossen zu fühlen, vergessen zu werden, sind die schlimmsten Feinde einer Demokratie und führen zu Politikverdrossenheit. Indem ich Themen anspreche, die die Menschen bewegen, möchte ich mich gegen verfehlte Politik stellen. Das kann auch mal unbequem sein. Wichtig ist mir, dass ich mich nicht im Politikeinerlei verliere, mir selbst und meinen Überzeugungen treu bleibe, auch wenn ich damit mal anecke. Nur so ist ehrliche Arbeit möglich, und nur so will ich arbeiten. Darauf mein Wort.

Bianca Görke
Wahlkreisbüro
Steinstraße 20
39418 Staßfurt
Telefon: 03925/3051088
wkbgoerke@gmail.com





Elke Reinke

Wahlkreis 18
Aschersleben

*Liebe Bürgerinnen
und Bürger,*

*in Sachsen-Anhalt liebe es
sich richtig gut leben, wäre
da nicht dieser endlose Kür-
zungswahn der Bundes- und
Landesregierung.*

*Unsere Städte und Gemein-
den haben von Jahr zu Jahr
weniger Geld für Soziales,
Kultur und Sport zur Ver-
fügung. Schulen und Frei-
zeiteinrichtungen schlie-
ßen, und Schulwege werden
immer länger. Der enorme
Anstieg der Kitagebühren
wurde auf die Eltern und die
Kommunen abgewälzt. Zu
lange Wartelisten bei Fach-
ärzten und die beschwerli-
chen Anfahrtswege belasten
besonders Familien und un-
sere älteren Mitmenschen.*

*Ich will mich für eine gute
und wohnortnahe Gesund-
heitsversorgung, für Bil-
dungs- und Freizeitangebo-
te und Perspektiven für die
Jugend – unabhängig vom
Einkommen der Eltern – ein-
setzen.*

*Ebenso notwendig sind die
Finanzierung von bedarfs-
gerechten Fort- und Wei-
terbildungsmaßnahmen
für Erwerbslose, eine gute
Erwerbsarbeit und eine
Mindestsicherung und Min-
destrente von 1.050 Euro
im Monat, statt Zwang und
Schikanen.*

*Mit auskömmlichen Renten
und Löhnen und einer Min-
destsicherung bräuchten
wir auch keine Armutsin-
dustrie wie die Tafeln, Klei-
derkammern und Suppen-
küchen und ebensowenig
sogenannte Bildungs- und
Teilhabeapakete.*

*Die Ausgrenzung durch
Armut muss beendet
werden! Dafür werde ich
mich im Landtag einset-
zen – für Sie, für unsere
Region.*

Ihre Elke Reinke

*Elke Reinke
DIE LINKE, Salzlandkreis
Postfach 1104
06391 Bernburg
e-reinke@web.de*

Eine sozialere Politik ist möglich und nötig!

Elke Reinke hat immer gegen Hartz IV, erniedrigende Sanktionen und Armutslöhne gekämpft und will es im Landtag weiter tun

Hartz IV muss weg! Fordert Elke Reinke auch heute noch, und es ist nicht nur eine Phrase, sie meint es auch so. Sie ist eine der Sprecherinnen der Landes- und Bundesarbeitsgemeinschaft Hartz IV. Das millionenfache Leid, Ausgrenzung und Krankheit durch Hartz IV und der viel zu geringe Mindestlohn von 8,50 Euro drängen immer mehr Menschen in die Armuts-

falle, und sie erhalten im Alter Elternteilrenten. Mindestens 12,50 Euro Mindestlohn müssten es sein, um einigermaßen über die Runden zu kommen und vorsorgen zu können. Trotz ihrer Tätigkeit bei der Bundestagsfraktion in Berlin gelingt es Elke Reinke gut, ihre Aufgaben als Kommunalpolitikerin, als Stadträtin und Fraktionsvorsitzende und als Kreistagsmit-

glied unter einen Hut zu bekommen.

In ihrer knapp bemessenen Zeit ist sie vor Ort unterwegs, wie z.B. am Weltfriedenstag, oder beteiligt sich an Unterschriftensammlungen gegen das Freihandelsabkommen TTIP. Sie initiierte auch die Sammlung von Unterschriften für den Erhalt des Supermarktes in der Oberstraße in Aschersleben. Die drohende Schließung konnte so erst einmal abgewendet werden. In ihrer Eigenschaft als Stadträtin hat sich die Kommunalpolitikerin ebenso hartnäckig für den Erhalt der sogenannten Gartenstadt in Aschersleben bestehend aus einem einmaligen Ensemble von Hans-Heckner-Bauten in Verbindung mit Kleingärten. Auch die Initiative zur Gründung des Vereins LinksTreff Aschersleben e.V. ging von Elke Reinke aus. Nun besteht endlich die Möglichkeit, mit einem Büro eine Anlaufstelle für interessierte Bürgerinnen und Bürger und für Genossinnen und Genossen zu schaffen.

Bei den letzten Kommunalwahlen hat Elke Reinke gut abgeschnitten. 2014 hat sie von den Ascherslebener Wählerinnen

und Wählern fast so viele Stimmen erhalten wie Detlef Gürth und Thomas Leimbach, beide CDU, zusammen. Linke Politik findet Anerkennung und Akzeptanz und eine sozialere Politik ist möglich und notwendig.

Es wird höchste Zeit, dass für den Wahlkreis Aschersleben mit Elke Reinke eine kompetente Vertreterin in den Landtag von Sachsen-Anhalt kommt.



DIE LINKE in Könnern bewegt was

Der Einsatz der LINKEN in Könnern lohnt. Das sieht man am Beispiel Kinderspielplatz: In vielen Ortsteilen der Stadt gibt es einen Kinderspielplatz. In der Stadt Könnern selbst aber, wo die meisten Kinder wohnen, war der Spielplatz seit Jahren geschlossen, die Spielgeräte waren abgebaut. Anfragen und Anträge der Fraktion DIE LINKE, den Spielplatz neu zu errichten, wurden von der Spitze der Stadtverwaltung und auch der großen Mehrheit des Stadtrates immer wieder abgelehnt. Mit Hartnäckigkeit im Stadtrat, durch viele Gespräche mit Eltern und Großeltern sowie mit

Hilfe eines Spendenaufrufes hat es DIE LINKE geschafft, den Stadtrat von der Neueinrichtung eines Spielplatzes zu überzeugen. Auf einem Spendenkonto sind inzwischen 1.500 Euro eingegangen. Unser Bundestagsabgeordneter, Jan Korte, hat sich mit 150 Euro daran beteiligt. Da wir noch weitere attraktive Spielgeräte anschaffen wollen, geht die Suche nach Spenden weiter.

Auch bei der Entwicklung der Innenstadt bleibt DIE LINKE hartnäckig:

Im Jahr 2013 hat die Stadtverwaltung erneut einen Beschlussvorschlag des Stadtrates aus

dem Jahre 1994 eingebracht. Darin stand, dass die Innenstadt für den Durchgangsverkehr komplett gesperrt werden soll. Die Warnung aus der Linksfraktion, dass damit die Stadt insbesondere für Gewerbetreibende unattraktiver wird, wurde in den Wind geschlagen. Die Vorlage wurde beschlossen und die Sperrung vollzogen. Schon nach kurzer Zeit trat das ein, wovon die Linksfraktion gewarnt hat. Gewerbetreibende kündigten ihre Geschäfte und zogen aus der Innenstadt ab. Ähnlich wie beim Kinderspielplatz ließ DIE LINKE nicht locker. Ein Antrag auf Rücknahme des Be-

schlusses scheiterte zunächst. Durch viele Gespräche mit Einwohnerinnen und Einwohnern und im Rahmen von Veranstaltungen wie den Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehr Könnern, die von dem Beschluss ebenfalls betroffen war, hat DIE LINKE es geschafft: Die Stadtverwaltung, mittlerweile unter einem neuen Bürgermeister, und der Stadtrat sind zu der Einsicht gelangt, diesen Beschluss rückgängig zu machen und die Innenstadt wieder für PKW zu öffnen. Der Kampf für die Wiederbelebung des Zentrums wird mit der LINKEN weitergehen.



Bitte unterstützen Sie uns.
DIE LINKE, Landesverband
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bank, IBAN:
DE09 8107 0024 0118 8259 01
Verwendungszweck: SPENDE

Soziales und kulturelles Engagement für die Region



Ein Grundanliegen unserer Partei DIE LINKE sind hohe soziale Standards für Jung und Alt. So setzen wir in Schönebeck den Ganztagsanspruch auf Kinderbetreuung für alle Kinder mit durch. Wir sagen, das ist ein Anspruch auf Förderung und Bildung – nicht eine Bevormundung der Eltern. Die Entstehung von Gemeinschaftsschulen wurde von uns mitbefördert. So hat zum Beispiel die Lerchenfeldschule in Schönebeck dadurch ein neues und besseres Konzept entwickelt und an Profil gewonnen. Unsere kritischen Diskussionen zur Frage der Personalpolitik der Landesregierung im Bereich von Schule oder Polizei führten auch in Schönebeck zu Neueinstellungen. Unsere Versuche, die finanzielle Ausstattung der Kommunen auf einem wesentlich höheren Niveau durchzusetzen, fanden leider keine Mehrheit im Parlament – hier sind die Grenzen von Opposition sehr deutlich. Wir fordern seit Jahren die längst überfällige Angleichung

der Ost- an die Westrenten, wesentliche Verbesserungen am Arbeitsmarkt, zum Beispiel die Erhöhung der Bezüge und die Abschaffung des menschenunwürdigen Hartz-IV-Gesetzes. Unser Konzept zur Gemeinwohlarbeit beinhaltet die Förderung von Langzeitarbeitslosen. Dies käme vielen Menschen in unserem Landkreis zugute. Zahlreiche soziale Projekte unterstützen wir mit Zuschüssen aus dem Solidarfonds der Landtagsfraktion, z. B. die Turnerinnen des Schönebecker Sportclubs, den Teen-Club in Barby, die Lindenschule in Schönebeck und den Kreisverband der Volkssolidarität, um nur einige wenige zu nennen. Nicht mehr Tradition, sondern schon Institution ist die alljährliche 1.-Mai-Feier der Schönebecker LINKEN auf dem Bierer Berg. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Vereinen bieten wir eine Veranstaltung mit Politik, Kultur und Sport, die viele Menschen aus Nah und Fern anzieht.



Torsten Hans
Wahlkreis 19
Schönebeck

Torsten Hans lebt in Schönebeck, ist 39 Jahre jung, verheiratet und Vater eines Stiefsohns. Derzeit arbeitet er als Büroleiter der Bundestagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein.

Als Ostdeutscher seiner Generation war er Mitglied der Pionierorganisation und der FDJ. Nach Jahren politischer Aktivitäten außerhalb parteilicher Strukturen, z. B. in hochschulpolitischen Bündnissen und in der Kriegsdienstverweigerer-Bewegung, trat er 2008 in DIE LINKE ein, war Jugendkoordinator des Landesverbandes und bis 2015 Stadtvorsitzender in Magdeburg.

Wir arbeiten mit Torsten seit Jahren intensiv zusammen, und die gemeinsamen Aktionen machen jede Menge Spaß. Das gilt für Landtags- und Bundestagswahlkämpfe, Aktionen zum Frauentag, die Unterstützung bei der Hochwasserhilfe in Barby und Calbe, unsere 1.-Mai-Feiern auf dem Bierer Berg.

Als Mitglied im Landtag 2016 will Torsten Hans den Stillstand in Sachsen-Anhalt mit aufbrechen. Für ihn gehört beispielsweise eine Daseinsvorsorge im ländlichen Raum dazu, d. h. Sicherung von Schulstandorten, Aufbau von Gesundheitszentren, kulturelle und freizeitleiche Begegnungsstätten.

Ebenso wichtig ist ihm eine weitere positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, dabei insbesondere die Förderung von Langzeitarbeitslosen mit Hilfe der Gemeinwohlarbeit, eine bessere Finanzierung von Schulen und Hochschulen sowie die Integration von Geflüchteten.

Sie haben die Wahl!

*Torsten Hans
DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Ebendorfer Straße 3
39108 Magdeburg
Telefon: 0391/ 732 48 40
torstenhans@web.de
www.torsten-hans.de*

Alles wie immer, nur schlimmer

Deshalb müssen und wollen wir es besser machen – die Kommunen brauchen neue Ideen und Vorschläge

Das ist nun die dritte Landtagswahl, an der ich aktiv teilnehme. Was hat sich in unserem Land getan? Bernd das Brot antwortete wahrscheinlich: Alles ist wie immer, nur schlimmer.

Das zeigt mir meine langjährige Mitwirkung in der Kommunalpolitik, das spüren alle Menschen in unseren Kleinstädten und Dörfern. Wovon rede ich?

Die Böden sind gut, die Verkehrsverbindungen auch, zentrale Lage in Deutschland und Europa, noch ist ein breites Netz an kleinen und mittelständischen Unternehmen vorhanden, die Versorgung in der Fläche mit Waren des täglichen Bedarfs ist einigermaßen stabil. Trotzdem wandern die jungen Menschen ab, sind die Betriebe einseitig ausgerichtet auf Zulieferung für die Automobilindustrie und in der Landwirtschaft auf Marktfruchtanbau, geht die Versorgungssicherheit im ländlichen Raum in allen Bereichen zurück, gibt es zu wenig Direktvermarktung und Bioanbau, ist der ÖPNV mangelhaft und setzt einseitig auf Schülerbeförderung, sind die Kommunen bankrott, zeigt die Daseinsvorsorge Mängel in allen Bereichen. Das ist die Bilanz der bisherigen Landesregierungen. Wobei man sagen muss, dass der in den letzten Jahren ausgebrochene Kürzungs- und Privatisierungswahn das Tempo dieses Niedergangs deutlich verschärft

hat. Wer den Abwicklern und Kaputtspargern, den Totengräbern der ländlichen Räume, das Handwerk legen will, der muss bei der nächsten Wahl seine Kreuze bei uns machen!

Unser Wahlprogramm steht für eine Politik, die den Menschen Angebote in der Fläche macht, ihnen echte Perspektiven aufzeigt. Wir zeigen – unterlegt mit realisierbaren Vorschlägen –, dass die fortschreitende Verödung und Verelendung des ländlichen Raums kein unausweichliches Schicksal ist, sondern durch Fehlentscheidungen verursacht wurde. Entscheidungen, die revidiert werden können.

Brauchen wir wirklich noch mehr Straßen, während die vorhandenen unter unseren Füßen zerfallen?

Brauchen wir mehr Massentierhaltung, während die Menschen immer dicker und kränker werden?

Mehr Monokulturen von Mais und Raps für Biosprit und Biogas, während die Böden und das Grundwasser ruiniert werden? Brauchen wir dämliche Frühaufsteher-Imagekampagnen, die im Grunde die eigene Bevölkerung verhöhnen? Warum stehen wir früher auf? Weil unsere Landesregierung schläft, weil unsere Arbeitswege weiter sind, weil wir den Bus um sechs Uhr nehmen müssen, um sieben fährt nämlich keiner, weil wir

Billiglohn-drei-Schicht-Jobs in Logistik- und Callcentern haben, weil unsere Kinder Stunden brauchen, um zur Schule zu kommen. Jeder auf dem Land braucht ein Auto, viele fahren 100 Kilometer am Tag. Energie, Wasser, Müllentsorgung werden immer teurer, die Kommunen drehen – erpresst von der Kommunalaufsicht – an der Gebührenschraube. Und dann erzählt man uns, die Löhne könnten geringer sein, schließlich seien ja die Lebenshaltungskosten niedriger.

DIE LINKE steht mit ihrem Programm für einen besseren und preiswerteren ÖPNV, für mehr Arbeitsplätze in der Fläche durch echten Fortschritt, für gesündere Nahrungsmittel und einen intakten Naturhaushalt. Sie will die Wertschöpfung in den ländlichen Raum zurückbringen

und damit auch die professionelle Tierquälerei in der Massentierhaltung beenden.

Mit einer Vitalisierung nachhaltiger Produktion können Menschen jeden Bildungsgrads und unterschiedlicher Qualifikation nicht nur im ländlichen Raum gehalten werden. Es wird Binnenachfrage generiert, die von den Spekulationsblasen der Weltmärkte wenig beeinflusst wäre. Und es würde eine lebenswerte Heimat erhalten, die vielleicht sogar den einen oder anderen wieder aufs Land zurückholt.

Dieses Programm kann ich mir guten Gewissens zu eigen machen, und dafür werde ich kämpfen.

Jürgen Ohst
Wahlkreis 20
Wanzleben inklusive Bördeland





Birke Bull
Wahlkreis 21
Bernburg

Ich bin wohl das, was man eine alte Häsin in der Politik nennen könnte. Im Landtag arbeitete ich auf verschiedenen Politikfeldern, bis ich in der Bildungspolitik meine Heimat gefunden habe. Einmischen, Mitgestalten und Einfluss auf die Veränderungen der Gesellschaft zu haben, sind für mich große Werte. Durch das Erleben der Tolerierung der rot-grünen bzw. der SPD-Regierung von 1994 bis 2002 konnte ich de facto Erfahrungen im Mitregieren sammeln. Dabei stellten sich schnell zwei Dinge heraus: Politik ist das langsame Bohren dicker Bretter, und sie ist keine Wunschbauliste, sondern an äußere Bedingungen gebunden. Positionen müssen nicht nur erarbeitet, diskutiert und verändert, sondern auch geduldig in vielen Anläufen in die Öffentlichkeit gebracht werden. Und dann müssen sie am Ende eines langen Prozesses in der Realität den Test auf Alltagstauglichkeit bestehen.

Politik, die im eigenen Saft schmort, kann nicht erfolgreich sein. Deshalb sind politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen notwendig. Sehr viel Wert lege ich darauf, dass die sachlich und transparent geführt werden. Oft steht am Ende ein Kompromiss. Das halte ich nicht für ein Zeichen von Schwäche, sondern für den Ausdruck der Vielfalt in einer Gesellschaft.

Ich bin Soziologin und Erziehungswissenschaftlerin, 52 Jahre alt und lebe in einer festen Partnerschaft. Mein Sohn hat mich im Sommer zur stolzen Großmutter gemacht. Seitdem hat meine Enkelin einen wichtigen Platz in meinem Leben und hilft mir, die Balance zu halten und manche Dinge nicht mehr so furchtbar wichtig zu nehmen. Verlässliche Freundinnen und Freunde komplettieren mein soziales Gefüge, das mich immer wieder erdet, unterstützt und bei Bedarf auch mal in Frage stellt.

Wahlkreisbüro Birke Bull
Kleine Wilhelmstraße 2 b
06406 Bernburg
Telefon: 03471/64 22 68

Sozial ist, was Bildung schafft!

Die Versäumnisse der Landesregierung in der Bildungspolitik sind so groß, dass nur ein Wechsel Abhilfe schaffen kann



Ich bin seit 1994 Abgeordnete des Landtages von Sachsen-Anhalt und mit Leib und Seele Bildungspolitikern. Gerade auf dem Gebiet der Bildung stehen uns in den nächsten Jahren große Aufgaben bevor: Wie schaffen wir es, dass die soziale Herkunft nicht mehr über den Bildungserfolg von Kindern entscheidet? Welche Bedingungen braucht es, dass Schülerinnen und Schüler in all ihrer Unterschiedlichkeit das jeweils Beste aus sich herausholen können? Wie gelingt es uns, dem Lehrkräftemangel zu begegnen?

Es geht um nichts weniger als um die Zukunft in einer Wissensgesellschaft. Wir können es uns schlichtweg nicht leisten, auch nur eine oder einen zurückzulassen. Es geht um Chancengleichheit. Viel zu früh werden Kinder auf ein Bildungsgleis gesetzt, von dem sie dann nicht mehr herunterkommen. Das legt Lebenschancen in einem Alter fest, in dem noch niemand die Entwicklung der jungen Menschen vorhersehen kann. Wir wollen, dass Kinder länger gemeinsam lernen. Des-

halb möchten wir noch mehr Schulen ermutigen, den Weg der Gemeinschaftsschule einzuschlagen.

Was wir brauchen, ist eine Schule, die die Lebenslagen der Kinder berücksichtigt, ihre Stärken und ihre Schwächen im Auge behält. Seit 2009 ist Deutschland zudem verpflichtet, die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umzusetzen. Am Ziel einer inklusiven Schule führt seitdem kein Weg mehr vorbei. Es ist eine große Herausforderung, mit unterschiedlichen Lebensereignissen, Interessen und Fähigkeiten, mit unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlichem Wissen und Können umzugehen. Viele Lehrerinnen und Lehrer haben sich auf den Weg gemacht, Bildungsangebote zu verändern. Es gibt Schulen im Land, die ausgesprochen erfolgreich zeigen: Inklusion nützt allen! Nämlich dann, wenn eine kluge Unterrichtsgestaltung denjenigen, die Stärken auf dem jeweiligen Gebiet haben, Futter für die Neugier gibt, und denjenigen, die mit Schwächen zu

kämpfen haben, Hilfe und Unterstützung zukommen lässt. Unterricht im Gleichschritt hat sich überlebt.

Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Lehrerinnen und Lehrer bei dieser schwierigen Aufgabe unterstützen. So soll eine Fort- und Weiterbildungs-offensive den Pädagoginnen und Pädagogen das notwendige Rüstzeug an die Hand geben. Unterstützt werden sollen sie durch sonderpädagogisch ausgebildete Fachkräfte, durch pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Fachkräfte der Schulsozialarbeit. Außerdem ist es nötig, dass die universitäre Ausbildung reformiert wird. Mehr Didaktik und Inklusionspädagogik müssen Bestandteil des Lehramtsstudiums werden.

Der Mangel an Lehrerinnen und Lehrern ist eine Katastrophe mit langer Ansage. Seit Jahren ist die Zahl der aus dem Dienst ausscheidenden Fachkräfte bekannt. Lange hat die Landesregierung geschlafen und nicht genügend neue Lehrerinnen und

Lehrer ausgebildet bzw. eingestellt. Im Gegenteil: Jahrelanger Personalabbau hat die Decke kurz und dünn werden lassen. Wir müssen nun dringend die Ausbildungskapazitäten an den Universitäten und den Einstellungskorridor erweitern. Jede und jeder, die oder der in Sachsen-Anhalt Lehramt studiert, soll nach erfolgreichem Abschluss eine berufliche Perspektive im Land erhalten, wenn sie oder er das möchte.

Dass wir die jetzige Landesregierung ablösen wollen, ist bekannt. Nicht nur die Versäumnisse auf dem Gebiet der Bildung, sondern auch ein Streichkonzert in Kunst und Kultur, der Umgang mit kritischen Geistern, eine Wirtschaftsförderung, die dafür sorgt, dass wir deutschlandweit die rote Laterne tragen, vielfältige Skandale, die in Untersuchungsausschüssen aufgeklärt werden müssen – all das zeigt: Schwarz-Rot ist mit seinem Latein am Ende und gehört abgelöst.

Birke Bull



DIE LINKE in Saale-Wipper kämpft gegen Sparen an den falschen Stellen



Im vergangenen Jahr legte der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Saale-Wipper ein Haushaltskonsolidierungskonzept vor, das Entlastung im Angesicht der prekären Haushaltslage bringen sollte. Geplant waren unter anderem die Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertagesstätten und die Abschaffung der Einsatzentschädigung für die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehr. Dabei beträgt letztere lediglich fünf Euro pro Einsatz für jedes Feuerwehrmitglied – unabhängig von Art und Dauer. Für DIE LINKE im Verbandsgemeinderat Saale-Wipper war klar, dass auf Kosten von Kindern und ehrenamtlichen Mitgliedern der Feuerwehr nicht gespart werden darf. Anträge der LINKEN auf Streichung die-

ser Punkte wurden mehrheitlich angenommen. Das war ein wichtiger Erfolg für uns!

Einsparungen, die von der Verbandsgemeinderatsfraktion DIE LINKE vorgeschlagen wurden, sind bisher aber leider abgelehnt worden. Bei der ehemaligen Lernbehindertenschule in Alsleben sehen wir zum Beispiel solche Potenziale. Die hiesige große Koalition im Rat möchte sie aber von einem privaten Investor kaufen und sanieren lassen. Danach muss sich die öffentliche Hand teuer einmieten. Wir sagen: Sparsamkeit geht anders.

Tobias Pochanke
Fraktionsvorsitzender
DIE LINKE im Verbandsgemeinderat Saale-Wipper

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückler, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückler: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückler: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückler: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückler: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschaffender bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiten Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



